

## **Bildungsstreit**

In der Schule muss beginnen, was leuchten soll

**Neben «Ausländern und EU» hat die SVP die «Volksschule» zu ihrem dritten grossen Wahlkampfthema erklärt. Der Angriff auf die Bildungspolitik ist nicht neu. Diesmal aber erfolgt er konzentriert.**

Von Stefan Howald

Einige Jahre lang bereitete der Begriff «Kuschelpädagogik» das Terrain vor. 2008 erfolgte die erste Attacke: 40 Jahre nach dem Aufbruch der 68er mussten die als Feindbild für alle Übel der gegenwärtigen Gesellschaft herhalten: antiautoritäre Erziehung, Lustprinzip, egoistische Rücksichtslosigkeit, Abbau von Autorität, wertefreie Gesellschaft. Aber die Bedeutung des Feindbilds 68 wurde für einen Grossteil der SVP-AnhängerInnen überschätzt. Zudem konnte die SVP ihre internen Widersprüche nicht ganz verdecken. Der Angriff auf die Rücksichtslosigkeit als angebliches Resultat antiautoritärer Erziehung sass unbehaglich neben dem Feiern der Rücksichtslosigkeit als neoliberales wirtschaftspolitisches Credo.

Danach konzentrierte sich die SVP auf den Abschluss von HarmoS, dem gesamtschweizerischen Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schulbildung, das eine Vereinheitlichung fördern und die Durchlässigkeit der kantonalen Schulsysteme verbessern will. Auch da ist die Erfolgsbilanz der SVP durchzogen. Sieben zumeist kleinere Kantone haben sich HarmoS verweigert, aber die SVP konnte dessen Inkrafttreten und Einführung in bisher zehn Kantonen nicht verhindern.

Jetzt soll es ans Lebendige gehen. Nach dreijähriger Arbeit hat die SVP ein Bildungspapier vorgelegt. Erarbeitet wurde es unter Führung von Ulrich Schlüer. Wie üblich bei der SVP erfolgt zuerst die Negativkampagne. Diesmal ist der Feind nicht nur das 68er-Erbe, sondern generell die Bürokratie, die Übergriffe des Zentralstaats auf die Kantone und die mündigen Eltern sowie die Leistungsverweigerung.

Allerdings hat die SVP ja nicht Unrecht, wenn sie eine Krise und ein Malaise in der Schweizer Bildungspolitik ausmacht. Es gärt in der Schule. Reformen überschlagen sich. Die LehrerInnen sind durch widerstreitende Anforderungen überfordert. Die Bürokratie schlägt allen aufs Gemüt. Die Formalisierung der Bildung, die Anpassung an das Diktat der technokratischen «Rankings» muss auch von links beklagt werden.

Ja, selbst bestimmten SVP-Forderungen liesse sich etwas abgewinnen. Beispielsweise der Wiedereinführung des Klassenlehrer-Prinzips. Nicht als wiederhergestellte Autoritätsfigur, sondern als Bezugs- und Vertrauensperson mag die Klassenlehrerin Sinn machen. Und die Forderung nach mehr Praxisbezug war mal ein linkes Anliegen.

Von der SVP aber werden solche scheinbar vernünftigen Vorschläge in ihr generelles Weltbild eingefügt, in Leistungsgesellschaft und Autoritätsglauben, in Ausländerfeindlichkeit und Missachtung menschenrechtlicher Verfahren. Damit reichen sie vom Bizarren zum Gefährlichen.

Die Forderung nach der Dialektsprache im Kindergarten: Das wirft Wellen, und es knüpft an ausländerfeindliche Ressentiments an, aber auf die Dauer lässt sich damit nicht mobilisieren. Die Frage wird sich vor Ort, ganz praktisch entscheiden. Keine Teilzeitstellen mehr für LehrerInnen: Das ist schlichtweg nicht machbar. Bereits zeigt sich, dass SVP-Exekutivmitglieder in den Kantonen solche Politiken nicht mittragen.

Denn erneut kann die SVP ihre beiden Flügel nur mit Mühe zusammenhalten. Das Festhalten am Föderalismus mag der wertkonservativen Klientel aus dem Herzen sprechen, aber die neoliberale Fraktion weiss längst, dass er der internationalen Konkurrenzfähigkeit schadet.

Wenn sie die Vorschläge mit ihrem traditionellen Thema verknüpft, sinkt die SVP auf ihr herrschendes Niveau. Die Forderung «Sprachbeherrschung kommt vor Einschulung» widerspricht jedem Menschenrecht.

Im Schulbetrieb wird diesem Gedankengut gegenwärtig vor allem durch eine neue Generation evangelikanischer LehrerInnen zugearbeitet. An einzelnen Pädagogischen Hochschulen haben die schon starke Stützpunkte errichtet. Ihr Rezept ist das gleiche wie das der SVP: Schwarz-Weiss-Denken, Autoritätsgläubigkeit, Ausgrenzung der Unrechtgläubigen.

Die Schule ist als sozialer Verband, der alle zusammenbringt, ein zentrales Feld, dem andere Vorstellungen entgegensetzen. Eine linke Bildungspolitik bleibt dringlich.

Dieser Artikel erschien in der WOZ – Die Wochenzeitung Nr. 44/10 vom 4. November 2010.